

****Pressemitteilung** **Für eine bessere Zukunft unserer Kinder****

06.06.2024

Großer Protestmarsch gegen den Ausverkauf der sozialen Landschaft in NRW

Ein breites Bündnis aus Wohlfahrtsverbänden, Eltern und Beschäftigten in der Kindertagespflege, Kitas sowie der Offenen Ganztagsbetreuung ruft zu einem Protestmarsch in Dortmund am 11. Juni 2024 auf, um auf die drängenden Missstände in der Betreuungslandschaft Nordrhein-Westfalens aufmerksam zu machen.

Unter dem Motto "Black Week, gehen in NRW bald die Lichter aus? Gegen den Ausverkauf unserer sozialen Landschaft – für die Zukunft unserer Kinder" findet die Demonstration am 11. Juni statt. Sie beginnt um 14:00 Uhr am Hansaplatz und führt dann über den Wall und die Rheinische Straße in den Westpark.

Die beteiligten Träger, AWO, Caritas, dobeq, DRK, EKK, JAEB (Jugendamtselternbeirat), Katholischer Gemeindeverband, Jugendhilfe St. Elisabeth und PariSozial, sind sich einig: Die aktuelle Situation in der Kinderbetreuung und -erziehung ist alarmierend. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen unter diesen Bedingungen unter enormem Druck und brennen aus. Träger sind mit der Erwartung konfrontiert, immer mehr Leistung zu erbringen, ohne dass dafür ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. "Das Land darf Familien und die Menschen, die in sozialen Berufen arbeiten, nicht im Stich lassen. Das schadet nicht nur den betroffenen Familien, sondern langfristig auch der Wirtschaft unseres Landes", so ein Sprecher des Bündnisses. Die Forderungen der Demonstrierenden sind klar und zielen darauf ab, die Qualität und die Finanzierung der Kinderbetreuung in NRW nachhaltig zu verbessern.

Dazu gehören unter anderem im Bereich der Kindertageseinrichtungen (Kitas) eine auskömmliche Finanzierung der Auszubildenden und der Qualifizierung von Quereinsteiger*innen in Kindertageseinrichtungen, die Erhöhung der Finanzierung für Fachberatung, die Anpassung der Fortschreibung der Kindpauschalen und der Personalbemessungsgrenzen zum Ausgleich von Urlaub und Krankheit, sowie der Wegfall des Trägeranteils.

Im Offenen Ganztag (OGS) braucht es einheitliche Qualitätsstandards und eine auskömmliche Finanzierung, inklusive zusätzlicher Mittel für Ausbildung und ein bedarfsgerechtes Raumprogramm, als auch dem Wegfall des Bürokratiemonsters der regelmäßigen Trägervergabeausschreibung. Notwendig sind ebenso Schulbegleiter*innen als Standardangebot.

Zu den Forderungen gehören außerdem landesweit einheitliche Regelungen und eine sichere Finanzierung für die Kindertagespflege, sowie die auskömmlichen Mittel der Fachberatung und die Regelung zur Durchführung von Konzeptionstagen, um Qualität zu sichern.

Über die genannten Forderungen hinaus sieht der Stadelternbeirat die Beitragsfreiheit aller genannten Bildungsangebote als notwendig an: Bildung soll für alle kostenlos sein. Die Betreuungszeitenmodelle müssen flexibler sein und mit einem erhöhten Fachkraft-Kind Schlüssel ausgestattet sein.

"Es ist Zeit, dass die Landesregierung handelt und die notwendigen Investitionen tätigt, um die Zukunft unserer Kinder und damit die Zukunft unseres Landes zu sichern", betont der Sprecher. „Wir brauchen Rahmenbedingungen, die eine funktionierende Arbeit ermöglichen. Wir fordern Arbeitsbedingungen, damit wir mit guten Kräften die notwendigen Angebote verlässlich sichern können! Der Protestmarsch am 11. Juni ist ein entscheidender Schritt, um diese Botschaft deutlich zu machen und die Verantwortlichen zum Handeln zu bewegen.“

Beteiligte Träger:



Arbeiterwohlfahrt
Unterbezirk
Dortmund



Deutsches
Rotes
Kreuz

DRK-Kreisverband
Dortmund e. V.

Evangelischer
Kirchenkreis
Dortmund

EVANGELISCHE KIRCHE IN
DORTMUND-LÜNEN-SELM



Katholische Kindertageseinrichtungen
Östliches Ruhrgebiet gGmbH

DER PARITÄTISCHE
PARISOZIAL DORTMUND



Kath. St. Paulus Gesellschaft
Jugendhilfe St. Elisabeth Dortmund